



## KONTAKT

Martin Brüning

Kommunikation, Projektmanagement

+49 (0) 30 / 72 62 07 - 111

## KLIMAPOLITIK

### Künftige Klimapolitik darf nicht zu Investitions-Unsicherheit führen

Innovationen der Branche sind wichtige Grundlage für Klimaschutz

08.10.2014

Rund zwei Wochen vor der Sitzung des Europäischen Rats in Brüssel warnt der Vorsitzende der Unternehmensinitiative Metalle pro Klima Oliver Bell davor, die Klimapolitik zur politischen Manövriermasse zu machen. „Ein erneuter Eingriff des Staates in den Handel mit CO<sub>2</sub>-Zertifikaten würde das marktwirtschaftliche System aushöhlen und kontraproduktiv wirken. Einmal mehr würde es zu einer Investitions-Unsicherheit auf Seiten der Industrie führen“, sagte Bell am Rande der Aluminiummesse in Düsseldorf. Die Innovationen der Branche würden aber für den Klimaschutz dringend benötigt.

Die Unternehmen der Nichteisen-Metallindustrie seien ein wichtiger Bestandteil der Energiewende. „Ohne unsere Metalle dreht sich kein Windrad und fährt kein Elektroauto. Die Entscheider über eine künftige Klimapolitik dürfen deshalb auch vergleichbare internationale Wettbewerbsbedingungen für die Industrie nicht aus dem Auge verlieren“, so Bell. Die Branche bekenne sich ausdrücklich zu einem nachhaltigen internationalen Klimaschutz. So hätten die Unternehmen die spezifischen CO<sub>2</sub>-Emissionen massiv gesenkt. Zusätzlich spare die Branche allein durch das Recycling inzwischen pro Jahr acht Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> ein.

Der Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftsvereinigung Metalle Martin Kneer plädierte in Düsseldorf dafür, die Minderung der Treibhausgasemissionen mit einer einheitlichen Strategie zu verfolgen. „Statt mit vielen Instrumenten am Ende zu wenig zu erreichen, sollte mit dem Europäischen Emissionshandel ein Leitinstrument im Zentrum stehen“, so Kneer. Die Klimaschutzpolitik würde damit transparenter und Klimaschutzerfolge könnten deutlich preiswerter erreicht werden.